

## Entschließungsantrag

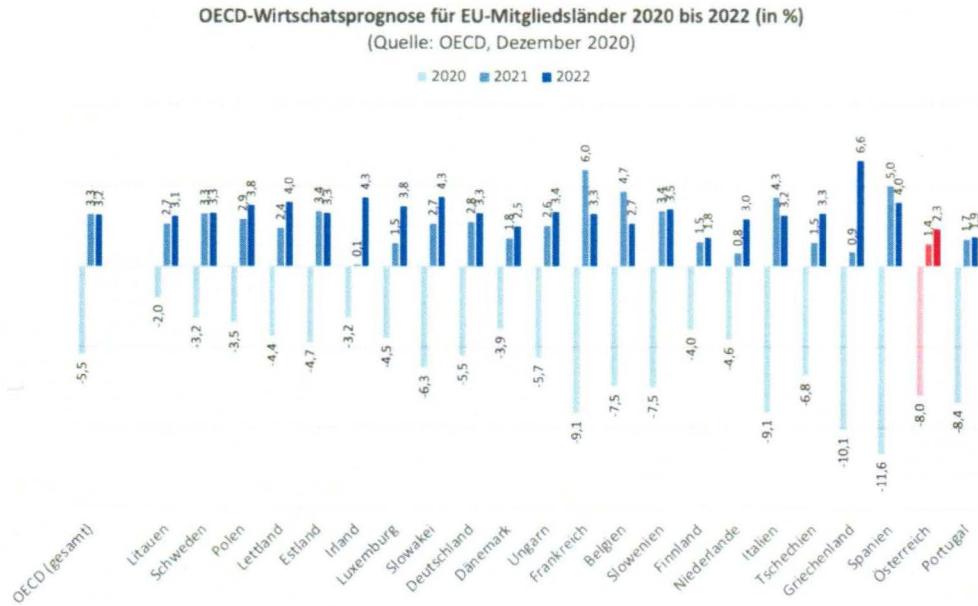
der Abgeordneten Josef Muchitsch,  
Genossinnen und Genossen

**betreffend: 350.000 neue Arbeitsplätze - Koste es, was es wolle?!**

*eingebracht im Zuge der Debatte zu Top 1 Erklärung des Bundeskanzlers und des Vizekanzlers gem. § 19 Abs. 2 GOG-NR betreffend „Ernennung eines neuen Bundesministers für Arbeit, Familie und Jugend“*

Der neue Bundesminister für Arbeit muss angesichts der massiven Versäumnisse der Kurz-Kogler Regierung in der Pandemiebekämpfung ein schweres Erbe antreten. In den letzten Wochen und Monaten des vorangegangenen Jahres gehörte Österreich weltweit(!) zu jenen Ländern mit den höchsten Neuinfektionen. In Österreich starben über Wochen jeden einzelnen Tag mehr als 100 Leute an der Corona-Erkrankung – dreimal so viel wie in Deutschland. Glücklicherweise war die EU für die Bestellung der nötigen Impfstoffe verantwortlich. Für die Verteilung im Land ist allerdings wiederum die österreichische Chaos-Regierung zuständig und die hat schon zu Beginn des neuen Jahres wieder gezeigt, Stichwort: „Impfstart“, dass sie es einfach nicht kann. Zur schlechten Performance in der Pandemiebekämpfung gesellen sich mittlerweile dramatische Entwicklungen bei Arbeitsmarkt und Wirtschaft.

- **Österreich ist unter den Ländern mit dem stärksten Wirtschaftseinbruch in der europäischen Union.**



Anfang Dezember hat die OECD eine aktuelle Wirtschaftsprognose veröffentlicht. Es gibt kaum noch Länder, die eine schlechtere wirtschaftliche Performance in der Krise aufweisen als Österreich. In Deutschland ist der Wirtschaftseinbruch um 50%(!) schwächer als in Österreich.

- **Die Arbeitslosigkeit ist seit Ausbruch der Pandemie doppelt so stark gestiegen wie in Deutschland.**

Im Dezember 2020 waren in Österreich rund 110.000 mehr Menschen arbeitslos als vor einem Jahr. Noch nie war die Arbeitslosigkeit in der Geschichte der Zweiten Republik in diesem Monat höher. Im zehnmal so großen Deutschland liegt der Wert aber nicht etwa bei 1,1 Mio. Arbeitslosen. Mit einem Plus von nur 480.000 Arbeitslosen, haben in Deutschland nur halb so viele Menschen ihren Job verloren wie in Österreich.

- **Schlechte Wirtschaftshilfen – im ersten Lockdown: zu wenig, zu bürokratisch, im zweiten Lockdown: Überförderung von einigen wenigen, viele KMUs bekommen nichts oder zu wenig.**

Im ersten Lockdown im März hat man den Unternehmen die Entschädigungszahlungen aus dem Epidemiegesetz gestrichen und gesagt: „Ihr bekommt schon was.“ Sie wurden allerdings zu Bittstellern bei der Wirtschaftskammer gemacht. Die Hilfen mussten anschließend laufend aufgestockt werden, da sie viel zu gering waren. Zu diesem Zeitpunkt haben aber binnen weniger Wochen schon 200.000 Menschen in Österreich ihren Job verloren. Es war ein Totalversagen. In Deutschland lief die Abwicklung über die Finanzämter: viel schneller, viel unbürokratischer – das Resultat, weniger Arbeitslose in Deutschland.

Im zweiten Lockdown wurde glücklicherweise das umgesetzt, was die SPÖ schon im ersten Lockdown verlangt haben: Eine Arbeitsplatzgarantie mittels Kündigungsverbot für alle Menschen in den Betrieben die Hilfszahlungen erhalten. Das große ABER leider ist: Das betrifft nur Betriebe die DIREKT betroffen sind und dabei kommt es beispielsweise bei Glücksspielkonzernen und Luxushotels im Westen teilweise zu massiven Überförderungen. Betriebe die nur indirekt betroffen sind, warten teilweise bis heute auf entsprechende Hilfszahlungen. Die Folge: In den nächsten Monaten wird eine massive Pleitewelle über Österreich rollen.

- **Keine Pakete zur Stärkung der Massenkaufkraft und Verhinderung von Armut**

Weitsichtige Politik müsste – insbesondere angesichts dessen, dass Österreich beim Wachstum der Wirtschaft jetzt auf die hintersten Plätze in der EU zurückgefallen ist – die Massenkaufkraft stärken und angesichts Rekordarbeitslosigkeit auch ein Paket zur Verhinderung von Armut schnüren. Die SPÖ hat wiederholt im Nationalrat eine Senkung der Lohnsteuer für kleine und mittlere Einkommen im Ausmaß von 5 Mrd. € sowie eine Anhebung des Arbeitslosengeldes von 55% auf 70% gefordert.

Die unterfertigenden Abgeordneten stellen daher folgenden

**Entschließungsantrag**

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung – insbesondere der Bundesminister für Arbeit - wird aufgefordert, die aktuellen, dramatischen Entwicklungen am Arbeitsmarkt mit einer Rekordarbeitslosigkeit von mehr als 533.000 arbeitslosen Menschen zu bekämpfen, statt bloß zur Kenntnis zu nehmen und dem Nationalrat rasch ein Paket vorzulegen, welches insbesondere folgende Maßnahmen enthalten soll:

1. Eine Stärkung der Kaufkraft für kleine und mittlere Einkommen durch eine Erhöhung des Arbeitslosengeldes von 55% auf 70% des Letzteinkommens, sowie eine Steuersenkung für kleine und mittlere Einkommen.
2. Milliardeninvestitionen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit im Jahr 2021. Darunter Ausbildungsoffensiven in den Bereichen, Pflege, Schule und Kindergarten.
3. Die Schaffung einer Jobgarantie für Langzeitarbeitslose nach dem Vorbild der Aktion 20.000.
4. Eine massive Ausweitung der öffentlichen Investitionen: Insbesondere über einen vollständigen Ersatz des Ertragsausfalls der Gemeinden, zusätzliche Investitionen in den Klimaschutz sowie den sozialen Wohnbau.
5. Die Schaffung von Stiftungen für die Rettung von Arbeitsplätzen und Firmen.

Durch dieses Paket sollen 350.000 Arbeitsplätze geschaffen und gesichert werden.“



